



Stadtelternbeirat – c/o

– Kursdorfer Str. 40, 07607 Eisenberg

Thüringer Landtag
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2262

zu Drs. 7/6574/6783

Vorsitzender:

Kursdorfer Str. 40
07607 Eisenberg
0179-4891317

stellv. Vorsitzende:

info@steb-gera.de

Gera, den 12. Januar 2023

Stellungnahme des Stadtelternbeirates der Kindergärten in Gera zu folgenden Gesetzentwürfen

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/6574 -

und

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/6783

1. zu Drucksache 7/6574

Die Fraktionen Die Linke, SPD und B90/Die Grünen schlagen vor, den Mindestpersonalschlüssel zu erhöhen. Dies wird begründet mit der tariflich verankerten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Fachkräfte in den Kindergärten.

Aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Anpassung des Personalschlüssels unumgänglich, um die tariflichen Regelungen umsetzen zu können. Mit der Anpassung des gesetzlichen Personalschlüssels ergibt sich auch eine entsprechende Gegenfinanzierung der Personalkosten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, dass die hier vorgeschlagenen Änderungen nur der Anfang sein können. In naher Zukunft ist es dringend erforderlich, den Personalschlüssel für die Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt zu vereinheitlichen und anzupassen. Außerdem regen wir an, die Personalberechnung grundsätzlich anhand der maximalen Kapazität des Kindergartens durchzuführen und nicht vierteljährlich auf die Belegung anzupassen. Dies setzt allerdings ausreichend qualifiziertes Personal voraus.

Daher begrüßen wir den Antrag zu 2., Kosten für die Ausbildung als Betriebskosten zu definieren. Dies ermöglicht es den öffentlichen und freien Trägern die praxisintegrierte Ausbildung anzubieten und dies unabhängig vom bisherigen Modellprojekt. Dies sollte zu einer zunehmenden Attraktivität des Ausbildungsberufes und damit zu mehr gut ausgebildeten Fachkräften führen. Maßgeblich muss hier darauf geachtet werden, dass diese Kosten nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden.

Dies ergibt sich für uns aus Punkt D der Drucksache, hier 3. Für die Bürger entstehen keine laufenden Mehrkosten. Die erhöhte Gegenfinanzierung durch den Freistaat wird mit der beantragten Änderung von § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 geregelt.

Es ist jedoch zu klären, wie sichergestellt wird, dass die Mehreinnahmen aus § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 auch tatsächlich für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen genutzt werden.

Die beantragten redaktionellen Änderungen unter Artikel 1 Nr. 4, 5 und 6 bedürfen keiner Erklärung und daher keiner Stellungnahme.

2. zu Drucksache 7/6783

Die Fraktion der CDU beantragt eine deutliche Anpassung der Sachkostenpauschalen für Kindertagespflegepersonen.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind veraltet. Die permanenten Kostensteigerungen im Bereich der Sachkosten, insbesondere in den letzten 12 Monaten rechtfertigen die von der Fraktion der CDU beantragten Änderungen.

Zur Fragestellung, welchen weiteren Änderungsbedarf wir im ThürKigaG zur Kindertagespflege sehen:

Hier sollte mittelfristig eine Lösung gefunden werden, wie die Eltern, deren Kinder bei Tagespflegepersonen betreut werden, in die Elternvertretung einbezogen werden.

Wir haben uns bei der Erstellung dieser Stellungnahme an der Stellungnahme der TLEVK orientiert.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des Stadt Elternbeirats
für die Kitas in Gera